

Eine Unterkunftshütte für jugendliche Arbeiter und Angestellte im „Spöttgraben“. Der Verband „Jugendheim“, dessen über ganz Wien sich erstreckende Tätigkeit zum Ziel ^{die Fürsorge} für die erwerbstätige Jugend hat, ist an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen herangetreten, daß auf dem der Gemeinde gehörigen Grundstücken im Spöttgraben auf Kosten der Gemeinde eine Unterkunftshütte errichtet werde. Der Verein besitzt bereits auf den in Betracht kommenden Grundstücken eine Sommererholungsstätte, doch sind darin die Unterkunftsräume vollständig unzulänglich. Der Finanzausschuß des Gemeinderates hat nun in seiner letzten Sitzung diesem Ansuchen Folge gegeben und für die Errichtung einer Unterkunftshütte 350 Millionen bewilligt. Die Hütte wird neben diversen Kanzleiräumen zwei große Schlafsäle enthalten, ferner wird elektrisches Licht und Wasser eingeleitet und für Beheizungsmöglichkeiten gesorgt werden. Das erforderliche Baumaterial wird zum großen Teile dem Bestande der unbewohnten Baracken des ehemaligen Kriegspitals Spinnerin am Kreuz entnommen.

Sonntaglinie Z8 der Strassenbahn. Die seit einiger Zeit an Sonn- und Feiertagen nachmittags bei schönem Wetter nach Bedarf eingelegte Sonntaglinie - von der Gleisschleife beim Hasserdenkmal über den Gürtel und über die Heiligenstübenstrasse zum Nusdorferplatz - wird vom 3. August an das Linienzeichen Z8 führen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 30. Juli 1924.

Radio und die Wiener Feuerwehr. In der Wiener Feuerwehr werden fleißig Versuche durchgeführt, um das Radio ihren Zwecken nutzbar zu machen. Die Installierung einer telegrafischen Radioverbindung zwischen der Hohen Warte, wo gegenwärtig die Aidavorstellungen stattfinden, und der Feuerwehrzentrale hat sich vollkommen bewährt. (Gegenwärtig ist man in der Feuerwehrzentrale damit beschäftigt, einen Radiodienst auf den Hauptlöschzügen einzurichten. Es bietet naturgemäß ungemein viel Vorteile, wenn die ausfahrenden Löschzüge, die oft auf Grund einer ungenauen Meldung entsendet werden, mit der Zentrale in Verbindung bleiben können, um noch während der Fahrt später einlaufende Informationen und genauere Weisungen zu empfangen. Besonders dann, wenn Löschzüge auf weitere Entfernung entsendet werden, wie etwa in die Umgebung Wiens, bedeutet es eine Ersparnis, wenn man die Züge noch während ihrer Fahrt/zurückholen kann, wo die Hilfeleistung der Wiener Feuerwehr sich als nicht mehr notwendig erweist. Gegenwärtig stehen die Feuerwehrleute auf den Brandplätzen mit der Zentrale ^{den} Meldeapparaten aus in telegrafischer Verbindung oder es wird mit der Feuerwehrzentrale telefoniert, was insbesondere bei Nacht Schwierigkeiten bereitet. Durch die Einstellung des Radioverkehrs werden infolgedessen Zeitverluste vermieden und Schwierigkeiten beseitigt. Es ist beabsichtigt sieben Löschzüge mit Radioapparaten auszurüsten, die alle, um sich nicht gegenseitig zu stören, ihre eigene Wellenlänge haben müssen. Es wird ein radio-telegrafischer Dienst eingerichtet, doch sind unsere Feuerwehrleute so geschult, daß sie die gehörten Telegramme sogleich in die gewöhnliche Schrift übertragen können. Die Versuche der Wiener Feuerwehr werden ständig fortgesetzt und dürften bald zur regelmässigen Indienststellung des Radio führen.

Übernahme des Familien-Einküchenhauses durch die Gemeinde. In Pöfnhaug, Pilgeringasse, befindet sich das Einküchenhaus der Genossenschaft „Heimhof“, deren Ziel es bekanntlich ist, Ehepaaren, die im Erwerbsleben stehen, Wohnungen zu beschaffen und ihnen zugleich die Sorge um die Hauswirtschaft abzunehmen. Das ^{Einküchen-} Haus ist bereits seit längerer Zeit vollendet und bewohnt. Die Zentralanlagen, die Küche, Speisesaal, Waschküche etc. haben sich aber für die Zahl der Bewohner als zu groß erwiesen und arbeiten daher teurer, als es wünschenswert ist. Eine Vermehrung der Wohnungen ist nur durch Zubauten um das bestehende Einküchenhaus möglich, doch reichen dazu die Mittel der Genossenschaft nicht aus. Diese hat daher der Gemeinde den Vorschlag gemacht, das Familien-Einküchenhaus, das nach dem Baurechtsvertrage erst im Jahre 1938 in das Eigentum der Gemeinde fallen sollte, ihr schon jetzt zu übertragen. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind nunmehr zum Abschlusse gelangt. Die Gemeinde baut das Familien-Einküchenhaus rasch aus und ^{übernimmt} dieses dafür in ihr Eigentum unter gewissen Bedingungen. Die Verwaltung der gesamten Wohnhausanlage bleibt ^{in den Händen der Genossenschaft,} unter Wahrung der Rechte der Gemeinde. Auch hier hat also die Gemeinde eingegriffen, um eine soziale Institution zu erhalten und sie noch weiter auszubauen.